

Dr. med. Thomas Fischbach, Präsident des
Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte e. V.

Statement Pressekonferenz am 13.04.2018 anlässlich des

24. Kongress Jugendmedizin vom 13. bis 15. April 2018 in Weimar

Pressemitteilung des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ e.V.)

Sperrfrist: 13.04.2018, 12.00 Uhr

Themenschwerpunkte:

- **Neue Bundesregierung (Seite 1-2)**
- **Medienmüdigkeit, Mediensucht (Seite 3-4)**
- **Impfen (Seite 5)**
- **Gesunde Ernährung (Seite 5-6)**
- **Kinderschutz: BVKJ fordert mehr Kooperation (Seite 6-7)**
- **Datenschutz und Telematik (Seite 7-9)**

Neue Bundesregierung

Die Groko steht - vorläufig; und wir sind guten Mutes, dass die neue Regierung "mit Freude an die Arbeit" geht, wie es die Kanzlerin versprochen hat.

Wir Kinder- und Jugendärzte interessieren uns vor allem dafür, was die Politik in Zukunft tut, um allen hier lebenden Kindern und Jugendlichen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, um Schwache und Starke gleichermaßen je nach ihren Kompetenzen zu fördern und ihnen allen gleiche Chancen für ein gesundes Aufwachsen zu geben.

Davon sind wir nämlich noch weit entfernt.

Der BVKJ hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Gespräche mit Politikerinnen und Politikern geführt und dabei seine Wünsche formuliert. Unser Ruf wurde vernommen.

Viele unserer Forderungen finden sich - teils wortwörtlich - im Koalitionsvertrag, so die Forderung nach erreichbaren regionalen ambulanten Strukturen, Kliniken und Notfallversorgung für Kinder und Jugendliche sowie einem wieder handlungsfähigen ÖGD, der die zunehmende Präventions- und Gesundheitsförderungsaufgaben wie etwa

Reihenuntersuchungen, aufsuchende Gesundheitsfürsorge, gesundheitliche Beratung und Betreuung von Kindertageseinrichtungen und Schulen zuverlässig und kompetent stemmen kann. Die Einführung einer Impfpflicht bei der Aufnahme in eine Gemeinschaftseinrichtung wünschen wir uns schon lange. Auch dieser Wunsch ist zumindest registriert worden, wie man im Koalitionsvertrag nachlesen kann (siehe Seite 4/5).

Unser Ruf nach einer bedarfsgerechteren Planung der pädiatrischen Versorgung sowie einer Reform der Honorarordnung, die insbesondere die "sprechende Medizin" besser als bisher berücksichtigt, hat sich ebenfalls im Koalitionsvertrag niedergeschlagen. Und auch unsere Ideen zur Umsetzung des „Masterplans Medizinstudium 2020“ zur Neustrukturierung und Verbesserung der Mediziner Ausbildung, zur Stärkung der Allgemeinmedizin, zu veränderten Zulassungsverfahren und zur besseren flächendeckenden hausärztlichen Versorgung werden im Koalitionsvertrag erwähnt – wenngleich wir hier stets mahnen müssen, dass statt von „Allgemeinärzten“ korrekterweise von „hausärztlichen Grundversorgern“ (nach SGB V, §73) gesprochen werden muss – nur so sind wir nämlich mit im Boot, und dass haben wir der Politik gegenüber auch erneut zum Ausdruck gebracht in unseren letzten Gesprächen.

Weitere Forderungen des BVKJ an die Politik betreffen die Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die Prävention von Adipositas, (siehe Seite 5/6), die Verpflichtung der Krankenversicherung zu mehr Prävention und Gesundheitsförderung, Schutz vor Cybermobbing und eine Verbesserung des Kinderschutzes.

Alle unsere Forderungen – die wir auch im Schulterschluss mit den anderen pädiatrischen Verbänden zum Ausdruck gebracht hatten - sind in der Politik angekommen und im Koalitionsvertrag festgehalten worden.

Wir werden ihre Umsetzung wachsam begleiten und hoffentlich in dreieinhalb Jahren sagen können: alle Ziele erreicht, gut gemacht.

Medienmündigkeit, Mediensucht

Nun zu einem Thema, das aus Sicht von Kinder- und Jugendärzten und speziell der Jugendmedizin inzwischen zu den ganz wichtigen gehört: Medienmündigkeit und Medienabhängigkeit.

Dorothee Bär, die neue Staatsministerin für Digitalisierung will, dass alle deutschen Schulkinder ein „Tablet“ bekommen. Schon weil die Schulbücher im Ranzen so schwer sind. Sie findet Programmieren im Unterricht genauso wichtig wie Lesen und Schreiben. Wir wissen nicht, ob Dorothee Bär schon mal nachgerechnet hat, was die

Komplettversorgung der 40.000 deutschen Schulen und 7,9 Millionen Schüler mit Tablets kosten würde. Ob sie weiß, wieviel Milliarden Euro die Wartung der digitalen Geräte kostet? Ob sie ahnt, dass das Programmieren mit „Tablets“ für die meisten Lehrkräfte extrem schwierig umzusetzen sein wird – neben den vielen anderen Aufgaben, die jetzt schon manchmal auf der Strecke bleiben, aus Gründen der mangelnden personellen Ressourcen und der Finanzausstattung der Schulen? Hat sie gehört oder gelesen, wie schlecht es um das Lesen Schreiben und Rechnen an deutschen Schulen steht - basale Kulturtechniken, ohne die auch niemand programmieren lernen kann? Es wäre aus unserer Sicht beruhigend, wenn die Digitalisierungsministerin etwas weniger euphorisch und dafür kritischer und informierter wäre.

Doch die Digitalministerin weiß, dass sie bei der Industrie offene Türen einrennt. Ginge es nach den Vorstellungen so mancher Unternehmen, können Kinder gar nicht früh genug damit beginnen, "spielerisch" mit Tablets und Handys umzugehen. Jüngst erschien in der Rheinischen Post ein Artikel: im Vodafone-Betriebskindergarten in Düsseldorf spielen die Kinder jetzt mit digitalen Geräten. So werden sie schon mal auf die Zukunft als "User" oder "Gamer" vorbereitet. Auch wurden Computerspiele explizit als Sportart in den Koalitionsvertrag aufgenommen – da bleibt man ratlos zurück.

Fast zeitgleich verkündete die DAK die Ergebnisse einer repräsentativen Studie zum Thema. Ergebnis: Etwa 100.000 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren sind abhängig von sozialen Medien. 2,6 Prozent aller Teenager in Deutschland sind süchtig nach sozialen Medien. Die Folgen der Sucht: Realitätsflucht, Schlafmangel, Probleme mit der Sehfähigkeit, verspannte Nacken und nicht zuletzt massive Konflikte mit den Eltern.

Aus der BLIKK-Studie des BVKJ haben wir zudem Hinweise darauf, dass ein Zusammenhang zwischen Entwicklungsproblemen und einem hohen Medienkonsum besteht, auch wenn die Kausalität schwer zu belegen ist. Wir wissen aus unserer Arbeit in den Praxen, dass Kinder mit hohem Medienkonsum häufig Konzentrationsstörungen haben und "zappelig" sind. Wir können aber nicht sagen, ob Eltern ihre Kinder vor den Fernseher oder das Tablet setzen, weil sie zappelig sind, oder ob die Kinder zappelig werden, weil sie zu viel Zeit vor dem Medium verbringen.

Trotz der nicht ganz eindeutigen Studienlage haben wir eine klare Position, wenn es um die Nutzung digitaler Medien im Kleinkindalter, also zwischen drei und fünf Jahren, geht: Digitale Bildschirme haben bei Kleinkindern nichts verloren. Kleinkinder brauchen soziale Interaktionen, Fürsorge und Aufmerksamkeit von den Eltern und müssen die Welt mit allen Sinnen entdecken, um sich zu entwickeln. Medienkompetenz können sie

noch nicht erlernen. Sie brauchen für ihre Entwicklung andere Reize, als sie durch Medien bekommen. Nach allem, was wir heute wissen, ist Medienabstinenz in der frühen Kindheit eine gute Voraussetzung für Medienkompetenz im späteren Leben. Kleiner Fakt am Rande: Auch Bill Gates und Steve Jobs – echte digitale Experten also – haben immer streng darauf geachtet, dass ihre eigenen Kinder kaum Smartphones nutzen.

Gerade weil wir aber oft noch keine eindeutigen wissenschaftlichen Antworten auf die großen Fragen zu diesem Thema haben, sollten wir unsere Kinder eher vorausschauend schützen, als sie zu früh digitalen Medien auszusetzen. Für diesen Schutz sind in erster Linie die Eltern zuständig. Der BVKJ hat daher einen Flyer mit praktischen Tipps zum achtsamen Mediengebrauch in Familien entwickelt (Anlage). Eltern bekommen ihn zukünftig bei den Vorsorgeuntersuchungen mit auf den Weg.

Von der Politik wünschen wir uns mehr unabhängige Forschung zum Thema anstatt nur kritiklose Förderung der Digitalisierung in Kitas und Schulen.

Impfen

Wir müssen endlich die Impfquoten in Deutschland dauerhaft verbessern. Der Impfstatus junger Eltern ist häufig katastrophal lückenhaft. Es fehlen der Keuchhustenschutz, die Masernimpfung oder Röteln - oder alle drei. Es sind nicht so sehr die Impfgegner, die uns Sorgen machen, sondern die Schusseligkeit mancher Eltern. Viele sind bereit, sich von uns impfen zu lassen, wenn sie mit ihren Kindern in die Praxis kommen. Das muss uns endlich auch in allen Bundesländern in Deutschland gestattet werden, derzeit ist dies in einigen Bundesländern noch verboten.

Und dann brauchen wir aus Sicht des BVKJ auch endlich eine verbindliche Impfpflicht für jedes Kind, das eine Kita besucht. Denn ungeimpfte Kinder reißen Löcher in den Herdenschutz und gefährden diejenigen, die nicht geimpft sind, weil sie noch zu klein sind oder weil sie eine Erkrankung haben, die eine Impfung verbietet.

Um die Quote zu erhöhen brauchen wir auch mehr ÖGD-Mitarbeiter, die in die Schulen gehen und dort impfen.

Gesunde Ernährung

Fett und Zucker machen unsere Kinder dick. Inzwischen hat Übergewicht bei Kindern schon epidemische Ausmaße erreicht. Am Übergewicht direkt stirbt niemand, aber Übergewicht verursacht, wie wir inzwischen wissen, um die 60 teilweise tödliche

Folgeerkrankungen: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Krebs und sogar Demenz. Übergewicht ist oft chronisch. Wer als Kind zu dick ist, bleibt es oft ein Leben lang.

Natürlich wollen alle Eltern ihre Kinder gesund ernähren, damit sie nicht dick werden. Aber das ist schwierig. Das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung hat kürzlich untersucht, ob Eltern wissen, wieviel Zucker in den Lebensmitteln ihrer Kinder steckt. Denn nur, wenn Eltern wissen, wieviel Zucker in Lebensmitteln auch enthalten ist, nur dann können sie auch den Zuckerkonsum von Kindern kontrollieren und beobachten.

Die Studie belegt: Eltern unterschätzen den Zuckergehalt massiv. Ein Grund dafür sind falsche Vorstellungen, die sich in den Köpfen festgesetzt haben. Die größten Abweichungen gibt es bei Lebensmitteln, die ein gesundes Image haben, also zum Beispiel Fruchtojoghurt oder Orangensaft. Hier haben 80 Prozent der Eltern die Zuckermengen unterschätzt, um im Durchschnitt sieben Zuckerwürfel.

Mit Fett sieht es sicherlich ähnlich aus.

Wir brauchen also mehr Aufklärung. Auch wenn sie sicher Mängel hat, kann eine Lebensmittelampel bei der Orientierung im Supermarkt helfen. Darüberhinaus wollen wir aber auch weniger Zucker und Fett in industriell verarbeiteten Produkten. Einige Unternehmen haben bereits damit begonnen, ihre Produkte weniger zu zuckern. Aber längst noch nicht alle. Auch bei den versteckten Fetten wünschen wir uns, dass sie weniger werden. Notfalls muss die Politik hier der Bereitschaft nachhelfen.

Kinderschutz: BVKJ fordert mehr Kooperation zum Schutz von Kindern

Trotz der Etablierung des Kinderschutzgesetzes sind viele Kinder in unserem Land schutzlos Gewalt und Missbrauch ausgesetzt. Das hat viel mit der "Versäulung" unserer Hilfesysteme zu tun. Es hapert z. B. bei der Kommunikation zwischen den Akteuren des Gesundheitswesens (SGB V) und der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII). Das Gesetz schreibt vor, dass bei Verdacht auf Gewalt und Missbrauch Meldung an das Jugendamt gemacht wird, aber es schreibt nicht den intensiven gegenseitigen Austausch zwischen den Akteuren vor, der nötig wäre für einen wirksamen Schutz. Das muss sich dringend ändern und dafür kämpfen wir. Wir fordern, dass auch die Beteiligten aus dem Gesundheitswesen eine gesetzlich verbindliche Rückmeldung in einem gemeinsam betreuten Kinderschutz-Fall erhalten. Dafür brauchen wir endlich eine umfassende Reform des

Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes

Das im Juni 2017 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz, das dann allerdings nicht mehr vom Bundesrat behandelt wurde, beschränkt sich im Wesentlichen auf verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und auf Änderungen im Kinderschutz. Aber die angestrebte Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder mit und ohne Behinderungen ist ebenso wenig umgesetzt worden wie Änderungen im Pflegekinderwesen.

Die ursprünglich anvisierte große Reform des Kinder- und Jugendhilferechts ist ausgeblieben. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, eine umfassende Reform des SGB VIII zu initiieren.

Der BVKJ bleibt hier ein steter Mahner und Treiber. Wir haben derzeit so viele Politikgespräche wie noch nie und bringen alle diese Forderungen nachdrücklich ein.

Abschließend ein Thema, das in den Ärzteverbänden gerade hochkocht:

Datenschutz und Telematik

Die Digitalisierung kommt zunehmend auch in der Medizin an. Der Wandel birgt Chancen für Patienten, aber auch große Risiken. So werden in Zukunft nach dem Willen der Politik Patienten mit der elektronischen Gesundheitskarte zum Arzt gehen. Ihr Arzt wird auf der Karte alle relevanten Gesundheitsdaten des Patienten lesen können: Diagnosen, Laborergebnisse, Therapieverordnungen etc. Und er kann diese Daten mit anderen teilen, zum Beispiel mit anderen Praxen, mit Kliniken, Apotheken, Krankenkassen etc. Der Schutz der sensiblen Gesundheitsdaten vor Missbrauch in den Praxen selber und im Netz ist dabei von allerhöchster Wichtigkeit. Aber ist ein solcher Datenschutz überhaupt möglich? Und wenn ja: wie wird er aussehen? Und last but not least: was wird er kosten?

Ab Mai dieses Jahres ersetzen neue Vorschriften die seit 1995 geltende EU-Datenschutz-Richtlinie und das bisher gültige Bundesdatenschutz. Diese Initiative, die den Datenschutz in den EU-Mitgliedsstaaten harmonisieren soll, wird auch den Datenschutz in unseren Praxen neu definieren. Die neuen Vorschriften (niedergelegt in der "Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union" und im neuen "Bundesdatenschutzgesetz") bzw. deren Umsetzung erfordern technische und organisatorische

Maßnahmen zum Datenschutzmanagement innerhalb der Praxis und zum sicheren Datenfluss zu externen Stellen. Dafür wiederum braucht es EDV- und Datenschutzrechts-Fachkenntnisse. Praxen brauchen künftig - zwingend ab zehn Mitarbeitern - Datenschutzbeauftragte, die den Datenschutz organisieren, dokumentieren und Behörden jederzeit Einblick in die Schutzvorkehrungen geben können. Alle diese Vorschriften machen die Datenverarbeitung in den Praxen komplizierter, zeitaufwändiger und auch teurer als bisher. Aufgrund mangelnder Bedarfsplanung haben wir zur Zeit, wie inzwischen jeder weiß, einen Mangel an Kinder- und Jugendärzten. Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten vielerorts an der Grenze der Belastbarkeit. Woher in dieser Situation Ressourcen für die aufwändige Sicherung der Gesundheitsdaten unserer Patienten herkommen sollen, darauf haben uns bisher die Politik und die Gemeinsame Selbstverwaltung noch keine Antwort gegeben. Was die aufwändige Telematikinfrastruktur, also die Verbindungen innerhalb der Gesundheitsbranche kosten wird, wer sie letztlich finanzieren wird und wie gut sie funktioniert, all das ist ebenfalls noch unsicher.

Und dann muss daran erinnert werden, dass mit der einrichtungsübergreifenden Vernetzung auch beim gründlichsten Datenschutz die Risiken wachsen, dass sensible Patientendaten gehackt werden. Gerade die Vorkommnisse der vergangenen Monate haben uns gezeigt, dass es absolute Datensicherheit nicht gibt. Daten können eingesehen, kopiert und manipuliert werden, Kriminelle können ganze Netze durch Viren oder durch gezielte Überlastung in den Zusammenbruch steuern - oder damit drohen.

Wir Kinder- und Jugendärzte wollen die bestmögliche medizinische Versorgung für unsere Patienten. Dazu gehört auch, dass wir uns mit Kollegen in Kliniken, in anderen Praxen und auch mit Apotheken über ihren Fall schnell austauschen können, dass wir zum Beispiel sehen, welche Medikamente oder Therapien sie schon woanders verordnet bekommen haben. Wir wollen also auch den technischen Fortschritt zum Wohle unserer Patienten nutzen.

Aber wir wollen, dass die uns anvertrauten Patienten bzw. ihre Daten bei uns sicher sind. Und wir wollen unsere knappe Zeit nicht mit der technischen Verwaltung von Patientendaten verbringen, speziell nicht mit dem so genannten Versichertenstammdatenmanagement für die Krankenkassen, und auch nicht mit Updates und in Hotlines. Und wir wollen auch nicht auf den Kosten sitzen bleiben für Datenschutz und Telematikinfrastruktur.

Wir erwarten daher von der Politik und der Gemeinsamen Selbstverwaltung die Gewährleistung eines IT-Konzeptes, das unsere Forderungen nach Niederschwelligkeit, Datensicherheit und Kosten- sowie Ressourcenneutralität ohne Abstriche erfüllt.

Weimar, 13. März 2018

Anmerkung für die Redaktionen:

Bei Nachfragen stehen Ihnen

Dr. med. Thomas Fischbach

Präsident Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ),

zur Verfügung unter

thomas.fischbach@uminfo.de

Pressesprecher: Dr. med. Hermann Josef Kahl

Uhlandstraße 11, 40237 Düsseldorf

Tel.: 02 11 - 67 22 22 Fax: 02 11- 68 24 29

E-Mail: praxis@freenet.de

Weitere Infos unter www.kinderaerzte-im-netz.de und www.bvkj.de

Geschäftsstellen: Mielenforster Str. 2, **51069 Köln**, Fon: 0221/68909-0, Fax: 0221/683204
Chaussestr. 128/129, **10115 Berlin**, Fon: 030/22335582, Fax: 030/22335550